Ruf nach Kastrationspflicht

FREITAG, 12. JUNI 2015

Tierschutzverein: Katzenpopulation, Elend und Kosten steigen / Appell an Stadt Rastatt

Von Daniel Melcher

Rastatt – „Das Problem wird immer größer", bekräftigt Robert Croll, Vorsitzender des Tierschutzvereins Rastatt und Umgebung, auch wenn konkrete Zahlen für die Region nicht zu benennen seien: Die freilebende Katzenpopulation wächst – und damit wachsen sowohl Tierelend als auch Aufwand und Kosten, um dagegen anzugehen. Gefordert sei daher eine Kastrationspflicht. Mit einem entsprechenden Appell wendet sich der Verein nun an die Stadt Rastatt.

Viele freilebenden Katzen sind unterernährt, krank oder verletzt, stellen Tierschützer fest. Sie sagen: Kastration mindert Katzenelend. Der Ruf geht an Besitzer und Politik. Foto: dpa

Fest steht: Der Tierschutzverein rechnet mit einer Vielzahl an jungen Kätzchen innerhalb der kommenden Wochen. Denn nicht kastrierte Freigänger (Haustiere) und freilebende Katzen sorgten insbesondere im Mai für meist unerwünschten Nachwuchs.

Die „Flut" an Jungtieren aufzunehmen – dafür aber reichten die räumlichen und finanziellen Kapazitäten nicht aus. Die Rastatter Einrichtung hat auch so schon neben offiziell abgegebenen Tieren eine stattliche Zahl an Fundtieren zu versorgen (neben Hunden, Kleintieren und Vögeln waren es allein 162 Fund-Katzen im vergangenen Jahr). Bundesweit sind es Vereinsangaben zufolge rund 130 000 Katzen, die in Obhut genommen würden, wobei Kosten und Verweildauer steigen.

Angesichts dessen ruft der Tierschutzverein Katzenbesitzer und Politiker zu mehr Unterstützung auf. Seine Ansage: „Nur durch Kastration ist dieses Problem in den Griff zu bekommen."

Schon viele Jahre appellieren Tierschützer deutschlandweit an Besitzer, ihre Tiere kastrieren zu lassen – gleichwohl seien die Katzenpopulationen in Städten und Gemeinden gestiegen. Der Rastatter Verein fordert nun gleichzeitig von Bund, Land und Kommune ein Kastrations- und Kennzeichnungsgebot für Freigängerkatzen sowie die finanzielle Unterstützung bei der Kastration freilebender Tiere. „Die Stadt Rastatt sollte dem positiven Beispiel vieler Kommunen in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen folgen, die bereits eine Kastrations- und Kennzeichnungspflicht in der Kommunalverordnung verankert haben", sagt Croll.

Die freilaufenden Tiere stammten ursprünglich von in Privathaushalten lebenden, unkastrierten Freigängern oder ausgesetzten Hauskatzen ab. Da sie nicht an den Menschen gewöhnt seien, können sie nicht in ein neues Zuhause vermittelt werden, erläutern die Tierschützer, die sie daher an Futterstellen versorgen. Als domestizierte Haustiere seien diese Katzen nämlich auch nicht mehr in der Lage, sich und ihre Nachkommen vollständig alleine zu versorgen. Die Folge: Viele Tiere seien unterernährt, krank oder verletzt. Kastration bedeute daher Minderung des Katzenelends.

Damit die Gruppen der freilebenden Katzen nicht noch weiter wachsen, fangen die Tierschutzvereine sie folglich bei Impfungen und Kastrationsaktionen ein, um sie anschließend gekennzeichnet und damit wieder identifizierbar an ihrem angestammten Revier freizulassen. Das ist nicht nur aufwendig, sondern kostet auch – rund 100 Euro pro Katze, so Croll. Was da zusammenkommen kann, zeige der jüngste Fall, als allein eine rund 40 Katzen umfassende Kolonie in der Rheinau gemeldet worden sei.